

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Beschluss Nr. 8

Chancen für alle zu jeder Zeit

Die Herausforderungen und der Veränderungsdruck für die Bildungspolitik sind groß und umwälzend. Die Menschen spüren, dass es neue Antworten braucht. Wir sind bereit für eine neue Reformdiskussion und wollen mitwirken an einem gesellschaftlichen Aufbruch für mehr Bildungschancen für alle, ein Leben lang. Wir stehen ein für Chancengleichheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und einen Leistungsbegriff, der sich an den individuellen Voraussetzungen der Einzelnen orientiert. Vor diesem Hintergrund laden wir alle, die mit uns gemeinsam für diese Werte und für unser Bildungsversprechen eintreten wollen, zu einer Debatte über einen neuen Bildungsaufbruch ein. Wir beginnen diese mit Ideen und Impulsen. Einige Vorstellungen haben sich über die letzten Jahre konkretisiert, andere müssen weiter ausgefeilt und mit der Erfahrung aus Praxis und Wissenschaft weiterentwickelt und konkretisiert werden. Diesen Dialog, mit klaren Zielen, Haltungen und Wertvorstellungen der Sozialdemokratie, aber offen in den konkreten Instrumenten, wollen wir mit neuen und bewährten Partnern führen und im kommenden Jahr zu einem mittelfristigen Orientierungsrahmen für einen Bildungsaufbruch 2030 für Deutschland zusammenführen.

Unser sozialdemokratisches Bildungsversprechen ist ein Chancenversprechen. Jeder und jede hat das Recht auf gute Bildung und gleiche Chancen. Auch in Zeiten des gesellschaftlichen und technologischen Wandels. Unser Chancenversprechen gilt deshalb für den gesamten Lebensverlauf. Wir garantieren mit guter Bildung einen guten Einstieg in das Leben. Bildung vermittelt Orientierung und ermöglicht Emanzipation, Teilhabe und Mitbestimmung. Wir schaffen Aufstiegschancen in allen Bereichen der allgemeinen, beruflichen und hochschulischen Bildung. Mit einem offenen System der Aus- und Weiterbildung bekommen alle die Chance, beruflich Schritt zu halten oder aufzusteigen. Wir ermöglichen den Umstieg in neue Berufe. Mit einer solidarischen Arbeitsversicherung stellen wir sicher, dass alle im Wandel mitgenommen werden. Wir stehen dafür ein, dass den Menschen statt Abbrüchen oder Abstiegen durch Bildung immer wieder neue Chancen im Lebensverlauf eröffnet werden.

In einer Gesellschaft und Ökonomie im Wandel wird Bildung im gesamten Lebensverlauf zu einer entscheidenden Ressource. Sie hilft den Menschen, den Wandel zu verstehen und sich in ihm selbstbestimmt zu bewegen. Den Wandel wollen wir gerecht gestalten und begegnen ihm mit einer aktiven Bildungspolitik. Wir versprechen denen, die bereit sind, sich mit Engagement und Leistung einzubringen, dass wir für Chancen sorgen.

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Im Zentrum der Bildung steht für uns der einzelne Mensch mit seiner Geschichte und seinen persönlichen Voraussetzungen. Wir nehmen alle in ihrer eigenen Entwicklung ernst. Deswegen fördern wir junge Menschen nach ihren individuellen Fähigkeiten und Talenten. In diesem Sinn ist unser Bildungsverständnis umfassend inklusiv. Wir richten uns an alle, aber wir nehmen besonders in den Blick, dass dort, wo besonderer Förderbedarf besteht, auch besondere Aufmerksamkeit und schwerpunktmäßige Förderung notwendig ist. Denn wir wollen uns mit der wachsenden gesellschaftlichen Spaltung, die auch an der Verteilung von Chancen im Bildungswesen sichtbar wird, nicht abfinden. Wir treten ein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für den Chancengleichheit die Voraussetzung ist. Wir richten uns an die Menschen, die auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Leben sind, die arbeiten, Verantwortung übernehmen und sich um ihre Familie kümmern.

In den vergangenen Jahren konnten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Schulterschluss von Bund, Ländern und Kommunen etliche bildungspolitische Verbesserungen umsetzen. Dazu zählen an erster Stelle die gebührenfreie Bildung und die Investitionen in die frühkindliche Bildung, der Ausbau von Ganztagschulen, die Unterstützung der Schulsozialarbeit, Sanierungsprogramme für Schulen, die Weiterbildungsinitiative des Bundes, der Digitalpakt Schule, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einrichtung eines Nationalen Bildungsrates und viele weitere Maßnahmen. Dennoch sehen viele Menschen zu Recht noch immer große Herausforderungen in der Bildungspolitik. Sie sorgen sich um die Qualität im Bildungswesen, den Zugang zu guten Bildungseinrichtungen und den Zustand der Bildungsinfrastruktur. Ebenso haben Eltern große Sorgen beim Wechsel zwischen den Bundesländern wegen der nicht-Vergleichbarkeit der Abschlüsse. Unser Bildungssystem ist besser als sein Ruf, aber wir nehmen die Sorgen ernst. Wir wollen als Sozialdemokratie, die in Bund, Ländern und Kommunen Verantwortung trägt, neue, gemeinsame Antworten auf diese Fragen geben.

1. Neues Leben braucht neues Lernen: Wir wollen neue Inhalte, neue Lernformen, mehr Individualität

Im Wandel zurecht kommen bedeutet, sich auf neue Herausforderungen einzustellen und Althergebrachtes zu hinterfragen. Wissen erweitert sich, ist aber auch schneller veraltet. Die Menschen brauchen Kompetenzen, die sie befähigen, sich immer wieder auf neue Herausforderungen einstellen zu können und nie den Anschluss zu verlieren. Dazu braucht es ein solides Wissens- und Kompetenzfundament und im gesamten Lebensverlauf immer wieder Chancen, sich neu zu orientieren. Dabei geht es uns um Anschlussperspektiven auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie um die freie Entfaltung eines jeden Menschen, unabhängig von seiner Herkunft, um zur Selbstbestimmung und Emanzipation zu gelangen. Dafür hinterfragen wir, was für die Zukunft gelernt werden soll, wie wir lernen wollen. Es geht uns nicht darum, genormtes Einheitswissen zu vermitteln, sondern mehr Individualität zu ermöglichen.

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Wir wollen, dass stabile Anker gesetzt werden und Lesen, Rechnen, Schreiben als Basiskompetenzen stärken. Digitale Grundkompetenzen sollten gleichberechtigt als neue Basiskompetenz ergänzt werden. Wir wollen allen Kindern auf spielerischem Weg und mit neuen Methoden den Zugang zur Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz ermöglichen und sie von Beginn an auf neue Anforderungen vorbereiten. Dazu gehört auch ein kritisches Bewusstsein für den Umgang mit den digitalen Möglichkeiten und deren Gefahren zu schaffen. Das sichert die Grundlagen für nahezu alle weiteren Formen des Kompetenzerwerbs, der Teilhabe an der Gesellschaft und der Gestaltung des weiteren Lebensweges. Daneben wollen wir den Raum öffnen für den fächerübergreifenden Kompetenzerwerb und das Denken in Zusammenhängen. Wir wollen das projekt- und kompetenzorientierte Lernen stärken und ihm deutlich mehr Raum geben. Dazu gehört auch miteinander zu vereinbaren, wo an anderer Stelle entschlackt werden kann.

Wir wollen, dass alle auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen vorbereitet werden und machen deshalb Demokratie-Lernen und Nachhaltigkeit zu einem Markenkern des deutschen Bildungswesens. Es ist absolut unverzichtbar, dass alle Institutionen des Bildungswesens einen Beitrag dazu leisten, unsere Demokratie zu stabilisieren und die Menschen zu ermutigen, das Gemeinwesen demokratisch mitzugestalten. Demokratie leben und lernen geht deshalb für uns weit über den Politikunterricht an Schulen hinaus. Es umfasst das demokratische Zusammenleben in den Schulen, Jugendzentren, Betrieben und Hochschulen genauso wie eine Stärkung demokratiefördernder Inhalte. Dazu gehört auch Neugierde und Weltoffenheit zu fördern, Teilhabe am Europa von morgen vorzubereiten und zu vertiefen und die globale Mitverantwortung zu stärken. Ein Schlüssel dazu ist die Förderung von Mehrsprachigkeit. Wir wollen, dass jeder Mensch die Chance erhält, einen Teil seiner Ausbildung im Ausland zu absolvieren – sei es Schule, Ausbildung, Studium oder auch Weiterbildung.

Unter dem Markenkern des demokratischen Lernens verstehen wir, dass die Lernenden aktiv und selbstbestimmt in die Gestaltung des Lernens miteinbezogen werden. Es ist Teil individueller Förderung, auf die persönlichen Bedürfnisse und Interessen der Lernenden einzugehen. Statt eines fremdbestimmten Lernprozesses sollen Lernende altersgemäß, mit einem Gefühl der Selbstwirksamkeit aktiv ihren Lernprozess mitgestalten. Zum Erwerb demokratischer Kompetenzen wollen wir den Politikunterricht in allen Schularten ausweiten und stärken und die Demokratieförderung in den Einrichtungen der außerschulischen Bildung fördern. Die demokratische Kultur spiegelt sich auch in den Mitwirkungsgremien wider. Deswegen wollen wir die flächendeckende Einführung der Drittelparität in den Mitwirkungsgremien der Schulen.

Unser Ziel ist es, alle Kinder und Jugendlichen zu höchstmöglichen schulischen Erfolgen zu führen und den Anteil derjenigen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, deutlich zu verringern. Wir wollen die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft entkoppeln. Wir wollen Schulsysteme, die Kinder und Jugendliche mit ihren jeweiligen

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Ausgangslagen annehmen und individuell fördern. Deshalb haben wir in vielen Bundesländern Schulformen etabliert und gefördert, die ein stark selektives, mehrgliedriges Schulsystem überwinden und somit nachweislich einen großen Beitrag zur Chancengerechtigkeit leisten. Wir bekennen uns zu Schulsystemen, die eine möglichst bruchlose, inklusive und gemeinschaftliche Bildung gewährleisten und wollen diese stärken.

Durch bundesweite Standards wollen wir die Qualität der Bildung besser absichern und besser vergleichbar machen. Sie sind die Grundlage dafür, dass in Schulen zentrale Abschlussprüfungen durchgeführt werden können. Die SPD setzt dabei auf die Qualitätssicherung für alle Abschlüsse und Bildungsgänge. Wir sind überzeugt, dass wir im Dialog über einen mittelfristigen Orientierungsrahmen hier zu guten, praktikablen Lösungen kommen werden.

Deswegen wollen wir auch stärker innovative Lern- und Lehrkonzepte fördern, und zwar sowohl in der Unterrichtspraxis als auch in der Bildungsforschung. Sie bieten den Raum, um auf neue Fragestellungen zu stoßen, erworbene Kompetenzen anzuwenden und Lernergebnisse zu festigen. Unsere Idee: ein fächerübergreifender Lerntag pro Woche in der Schule. Er ermöglicht es, projektorientiertes Lernen in der Praxis durchzuführen und sich mit zeitgenössischen Fragestellungen in ihrer Komplexität zu beschäftigen. Darüber wollen wir eine Debatte führen.

2. Den Wandel aufnehmen: mit Bildung neue Chancen schaffen – ein Leben lang

Uns leitet in der durch Digitalisierung und Internationalisierung getriebenen Transformation der Arbeitswelt die Vorstellung, dass sich jeder Mensch selbstbestimmt im Wandel bewegen kann. Dass er gut vorbereitet ist, um für das eigene Leben die richtigen Entscheidungen zu treffen und geschützt ist gegen sozialen Abstieg aufgrund des schnellen Wandels. Deshalb ist und bleibt Bildung eine tragende Säule des vorsorgenden Sozialstaats, der den Menschen hilft, den Wandel zu bewältigen. Und darauf kommt es nicht nur einmal an, sondern immer wieder im Leben.

Dabei haben wir die im Auge, die akut bedroht sind, weil ihr Arbeitsplatz durch die Transformation gefährdet ist. Gleichmaßen aber auch jene, die sich aus eigener Überlegung auf den Weg machen, ihre Qualifikation zu erneuern, zu erweitern oder einen neuen Bildungsweg einzuschlagen. Die SPD bleibt die Partei des Aufstiegs durch Bildung auch über den zweiten Bildungsweg. Notwendig ist deshalb eine enge Verzahnung der Instrumente der Arbeitsmarkt- und der Bildungspolitik, um bruchfreie Lösungen für unterschiedliche Motivationen für Weiterbildung anbieten zu können.

Unser Ziel bleibt die gesetzliche Verankerung des Rechts auf Weiterbildung. Wir wollen im Lebensverlauf immer neue Chancen für beruflichen Aufstieg oder Umstieg ermöglichen. Dafür schaffen wir die Grundlagen mit einer verlässlichen Weiterbildungsfinanzierung, die von einer breit zugänglichen Ausbildungsfinanzierung bis hin zur Finanzierung von Weiterbildung oder Aufstiegsfortbildung reicht. Mit dem Aufstiegs-BAfÖG haben wir die

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Möglichkeiten zum beruflichen Aufstieg bereits ausgebaut. Für die Zukunft steht für uns im Fokus, dass der Lebensunterhalt während einer beruflichen Weiterentwicklung auf den verschiedenen Wegen gesichert ist. Soziale und finanzielle Hürden sollen nicht von der Qualifizierung und Weiterbildung abhalten. Persönliches Engagement und eigene Leistung müssen sich auszahlen.

Mit der Arbeitsversicherung schaffen wir ein solidarisches Instrument, um durch Qualifizierung lebensbegleitend Aufstieg und Umstieg zu ermöglichen. Mit präventiven Maßnahmen wird Arbeitslosigkeit verhindert. Dazu gehört für uns auch das Recht auf eine gute Weiterbildungsberatung. Beschäftigte sollen mit einer Kompetenzfeststellung unterstützt werden, um so ihre berufliche Weiterentwicklung besser steuern zu können. Dabei ist die Anerkennung informell erworbener Kompetenzen ein wichtiger Baustein. In den Betrieben setzen wir uns für das Initiativrecht der Betriebsräte bei der betrieblichen Weiterbildung ein. Hochschulen und Berufsschulen wollen wir als Orte der Weiterbildung zusätzlich stärken. Bildungskonten mit individuellen Ziehungsrechten zur persönlichen und beruflichen Weiterentwicklung stellen für uns eine sinnvolle Ergänzung zur Arbeitsversicherung dar. Sie schaffen bei Bildungsentscheidungen zusätzliche Zeitsouveränität.

Lernen und Bildung ein Leben lang sollen auch durch die Stärkung der allgemeinen Weiterbildung gefördert werden. Sie ermöglicht Teilhabe am Wandel, vermittelt persönliche Erfolge und schafft Lebensqualität. Sie muss von allen politischen Ebenen gestärkt werden, in ihrer Infrastruktur, in der Zugänglichkeit und in ihrer Qualität.

3. Bildung geht nur mit Menschen: Wir kümmern uns um die Interessen der Beschäftigten in allen Bildungsbereichen

Wir wissen, gute Bildung wird nur dann funktionieren, wenn es gut ausgebildete, motivierte und wertgeschätzte Menschen gibt, die Bildung vermitteln oder zum Lernen anleiten. Deshalb stellen wir die Weichen dafür, dass sich wieder mehr Menschen dafür entscheiden, einen Beruf im Bildungswesen zu ergreifen. Dass sie gute Ausbildungsmöglichkeiten vorfinden, dass sie in ihrem Berufsleben mit neuen Herausforderungen nicht alleine gelassen werden und dass sie gute berufliche Entwicklungsmöglichkeiten bekommen. Dabei haben wir alle Berufsgruppen im Blick und wollen die Zusammenarbeit der verschiedenen Professionen und Ebenen wirksam fördern.

Wir wollen ein gutes Arbeitsumfeld, gute Karriereperspektiven und eine angemessene Bezahlung für das pädagogische Personal durchsetzen. Insbesondere für Grundschullehrerinnen und -lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher ist eine Bezahlung, die sich an den gestiegenen Anforderungen orientiert, erstrebenswert. Grundsätzlich brauchen wir mehr berufsübergreifende Durchlässigkeit in den Regelwerken für die pädagogischen Berufsgruppen, die verbindliche Kriterien für Aus- und Weiterbildung, Bezahlung, berufliche Aufstiegsperspektiven und Laufbahnwechsel beschreiben. Von einem gemeinsamen Dialog

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

mit den Sozialpartnern und darüber hinaus versprechen wir uns hier wichtige Impulse für einen mittelfristigen Orientierungsrahmen.

Viele Reformen im Bildungswesen sind von einer wachsenden Zahl von Fachkräften abhängig. Das betrifft insbesondere den notwendigen Ausbau im Bereich der frühkindlichen Bildung sowie in der Ganztagschule. Auf den wachsenden Fachkräftebedarf müssen wir politisch rasch reagieren. Wir brauchen mehr Kapazitäten für die Ausbildung von pädagogischem Personal. Die Ausbildung für alle pädagogischen Berufe wollen wir gebührenfrei gestalten. Mit der Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher haben wir bereits einen wichtigen Schritt unternommen. Gleichmaßen wollen wir auch die Kapazitäten beim Lehramt erhöhen. Dabei berücksichtigen wir insbesondere den wichtigen Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern an Berufsschulen und Grundschulen sowie im Bereich der Sonderpädagogik. Wir leben in einem Einwanderungsland und betrachten die Vielfalt der Gesellschaft als Chance. Wir wollen Lehrerinnen und Lehrern Fortbildungen ermöglichen, die sie stärker befähigen, in heterogenen Klassen den Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen zu befördern. Gleichzeitig wollen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationsgeschichte für unsere Schulen gewinnen. Über gemeinsame Qualitätsstandards sichern wir ein hochwertiges Niveau der Ausbildung. Der Weg in den Lehrerberuf wird vielfältiger. Wir wollen auch für Quer- und Seiteneinsteigende gute Qualifizierungsangebote machen.

Die Karrierewege im pädagogischen Bereich müssen flexibler werden und brauchen echte Aufstiegsperspektiven. Dafür benötigt es eine Kultur der Anerkennung zwischen den einzelnen Professionen, die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit sichert. Gute Qualifizierungsangebote, die eine berufliche Weiterentwicklung im pädagogischen Bereich fördern, sind dafür unabdingbar. Diese Debatte wollen wir in den Dialogprozess für einen Orientierungsrahmen aufnehmen. Von einer bundesweiten Akademie für Weiterbildung und Qualifizierung erhoffen wir uns positive Impulse für das Angebot an Maßnahmen.

4. Der Start muss für alle gelingen: beste Kitas und Ganztagschulen überall im Land

Kinder kommen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und immer jünger in die Kita. Wir finden: Jedes Kind hat seine eigene Geschichte, verdient die gleichen Chancen und einen guten Start. Dafür wollen wir den Kindern und ihren Eltern eine gut ausgestattete Kita und im Grundschulalter gute Ganztagschulen zur Verfügung stellen. Wirklich alle Kinder sollen zum Start die für sie optimale Förderung bekommen und ihren Bildungsweg gehen können.

Die frühkindliche Bildung beginnt mit den frühen Hilfen und in der Familie. Kinder und ihre Eltern müssen gemeinsam und in ihren jeweiligen Kontexten betrachtet werden. Deshalb wollen wir auch die Familie als Bildungsort stärken. Und überall dort, wo Familien Orientierung brauchen, müssen sie über die Jugendhilfe oder die Kita Informationen und Unterstützung erhalten. Kitas sollten sich deshalb auch dafür öffnen, Orte der Familienbildung zu werden.

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

In der frühkindlichen Bildung stehen wir für ein erweitertes Qualitätsverständnis ein. Gute Kita heißt für uns die Verfügbarkeit eines Platzes für jedes Kind, aber auch eine ausreichende Versorgung mit Erzieherstellen sowie ausreichend Zeit für pädagogische Koordination, Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendhilfe und Leitung. Gute Kita erstreckt sich auf sämtliche Bildungsbereiche. Dazu zählt die unverzichtbare Sprachförderung, damit alle Kinder – ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichte – zum Schulstart Deutsch sprechen und verstehen können. Ebenso auch die spezielle Förderung von Neugier und Wissensfreude, wie bei den erprobten Modellen der MINT-Förderung, bis hin zur vollen Entfaltung der Selbstwirksamkeitserwartung der Kinder. Uns reicht kein Betreuungsanspruch, wir wollen Bildung im frühkindlichen Bereich. Dazu zählt für uns auch das selbstverständliche Miteinander von behinderten und nicht-behinderten Kindern und die Schaffung der Voraussetzungen dafür.

Der Bedarf an Kita-Plätzen ist noch nicht in allen Bundesländern gedeckt. Deswegen ist es richtig, dass wir den Ausbau von Kitaplätzen weiter fördern. Durch das Investitionsprogramm des Bundes werden 100.000 zusätzliche Plätze gefördert. Auch darüber hinaus wollen wir mehr Geld in den Ausbau investieren. Gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen wollen wir einen Weg aufzeigen, damit der Zugang zur Kita unabhängig von der sozialen Lage gelingt. Deswegen stehen wir auch ein für die Gebührenfreiheit der Kita und sind offen für die Entwicklung unterschiedlicher Modelle. Wo Mittel begrenzt sind, schaffen wir Gebühren zunächst sozial gestaffelt ab. Einkommensschwächere Familien müssen dann zuerst entlastet werden.

Die Grundschule ist das Erfolgsmodell für gemeinsames Lernen. Sie ist eine Schule für alle Kinder und Quelle pädagogischer Innovationen. Mit dem Ausbau des Ganztagsangebots an Grundschulen durch die vereinbarte Einführung eines Rechtsanspruchs bis 2025 haben wir uns ein ehrgeiziges Ziel gesetzt, das wir noch in dieser Wahlperiode verbindlich festschreiben wollen. Für die Zukunft orientieren wir uns am Leitbild einer gebundenen Ganztagschule mit rhythmisiertem Unterricht, auch für die weiterführende Schule. Sie ermöglicht neue Lernformen und einen Unterrichtsalltag entlang moderner pädagogischer Erkenntnisse und bietet mehr Raum, um auf die individuellen Bedürfnisse der Lernenden einzugehen und sie entsprechend ihrer Bedarfe zu fördern. Gleichzeitig möchten wir die Wünsche von Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern ernst nehmen, indem wir Flexibilität bei der konkreten Umsetzung ermöglichen. Für eine gemeinsame Lösung suchen wir den Dialog mit allen Beteiligten.

5. Auf eigenen Beinen stehen können: Wir garantieren für jede und jeden eine Ausbildung!

Eine eigene Wohnung, eine Familie gründen – alles, was junge Menschen sich vornehmen, gelingt besser mit einer soliden Ausbildung. Sie ist der Start in ein langes Arbeitsleben und die Grundlage für lebensbegleitendes Lernen im technologischen Wandel. Wir sorgen dafür, dass jeder junge Erwachsene sich für die richtige Ausbildung entscheiden kann. Dabei sind uns die berufliche wie die akademische Ausbildung gleich viel wert. Und wir sorgen dafür,

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

dass jede und jeder auch einen Ausbildungsplatz bekommt. Einen Ausbildungsplatz, der ihren Fähigkeiten entspricht, wenn gewünscht in ihrer Heimat und wenn nötig in außerbetrieblich organisierten Ausbildungsmodellen, die in eine betriebliche Ausbildung münden.

Die Grundlagen für einen guten Start in die Ausbildung werden in der Schule gelegt. Damit junge Menschen für sich die richtige Entscheidung treffen können, wollen wir die Berufsorientierung in den Schulen stärken und bei der Berufswahl stärker unterstützen. Dazu zählen auch hochwertige Berufspraktika von der neunten Klasse bis in die Oberstufe. Schülerfirmen leisten einen wichtigen Beitrag, eigene Erfahrungen in der Arbeitswelt, in der Selbstständigkeit und dem Unternehmertum machen zu können, den wir weiter fördern wollen. Ebenso unterstützen wir Partnerschaften zwischen Schulen und Betrieben für gemeinsame Lerneinheiten. Die Jugendberufsagenturen haben sich als ein erfolgreiches Konzept erwiesen, um Leistungen für junge Menschen am Übergang von Schule in die Ausbildung zu bündeln. Deshalb wollen wir ihre flächendeckende Einführung.

Wer sich für ein Studium entscheidet, sollte auch rechtzeitig darauf vorbereitet werden. Gerade in einer Zeit der Vielzahl von möglichen Studiengängen und diversen Hochschulen auf dem Markt ist es wichtig, Orientierung zu vermitteln und die eigenen Stärken und Neigungen zu erkennen und bei der Studienwahl anwenden zu können. Deshalb ist eine frühzeitige Berufs- und Studienorientierung an allen weiterführenden und berufsbildenden Schulen notwendig. Auch für die Absolventen des zweiten Bildungswegs auf den Weiterbildungskollegs und vergleichbaren Einrichtungen.

Wir wollen die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ausbauen. Dazu ist es entscheidend, dass die gegenseitige Anerkennung erworbener Kompetenzen zwischen den Systemen ausgeweitet wird. Notwendig ist ein Dialog über die Weiterentwicklung der bestehenden Qualifikationsrahmen. Dadurch sollen Übergänge im System weiter vereinfacht werden. Modelle wie das Duale Studium weisen hier den Weg. Deshalb haben wir die Angebote ausgebaut und weiterentwickelt. An ihnen wird jedoch deutlich, dass noch zusätzlicher Regelungsbedarf besteht, um die Qualität der Ausbildung in diesen Bildungsgängen zu sichern. Es braucht klare Beschreibungen für den betrieblichen und den akademischen Teil eines Dualen Studiums, damit klar ist, welche Kompetenzen erworben werden.

Zur Stärkung der beruflichen Bildung gehört notwendigerweise, den Lernort Berufsschule weiter auszubauen, um Gleichwertigkeit zu erreichen. Hier werden verstärkt theoretische Kompetenzen vermittelt. Wir wollen Berufsschulen, die ihren Fachkräftebedarf decken können, die technisch auf dem neuesten Stand sind und die ihre Kompetenzen bei der Entwicklung von Aus- und Weiterbildung kompetent einbringen können. Zur Konkretisierung der Vorschläge werden wir den Dialog mit allen Beteiligten suchen.

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

Die vollzeitschulischen Ausbildungen leisten besonders im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe einen wichtigen Beitrag für die Leistungsfähigkeit des Ausbildungssystems insgesamt. Für ihre Zukunftsfähigkeit sehen wir Handlungsbedarf insbesondere auf zwei Feldern: Wir schaffen die Gebühren für vollzeitschulische Ausbildungen ab, und wir wollen sie in einem umfassenden Ausbildungsgesetz mit den Schutzrechten und Qualitätsregeln ausstatten, die bereits im Berufsbildungsgesetz gelten. Unser Ziel ist es, dass die Auszubildenden, wie in anderen Ausbildungsberufen auch, ein Ausbildungsentgelt erzielen können.

Wir wollen eine funktionierende Ausbildungsgarantie: Alle erhalten die Chance auf eine berufliche oder akademische Ausbildung. Dafür investieren wir zuerst in den Ausbau der Kapazitäten. Wir wollen, dass in den Regionen genügend Ausbildungs- und Studienplätze zur Verfügung stehen, damit alle einen Platz finden können. Ausbildungsmärkte wollen wir regional gestalten, um Impulse für die regionale Wertschöpfung zu geben. Zur Schaffung von Ausbildungsplätzen wollen wir mehr Unternehmen gewinnen. Gleichzeitig nehmen wir die Wirtschaft mit branchenspezifischen Ausbildungsfonds in die Pflicht. Dort, wo es nicht gelingt, genügend Plätze anzubieten, übernimmt der Staat Verantwortung, indem er außerbetriebliche Ausbildungsstätten schafft. Für konkrete Konzepte, die der Vielfalt unserer Regionen gerecht werden, steigen wir in einen Dialog mit regionalen Akteuren ein.

6. Wir holen die beste Bildung in jeden Stadtteil und auf das Land

Bildung muss als Ressource überall gleich gut verfügbar sein. Wir finden uns nicht ab mit den Unterschieden zwischen Stadt und Land und mit den Unterschieden zwischen den Stadtteilen. Deshalb holen wir alle, die wir für die beste Bildung brauchen, in die Stadtteile und Regionen. Wir brauchen das Zusammenspiel von Schule, Kinder- und Jugendhilfe, informeller Bildung, Jobcenter, Stadtverwaltung etc.. Am besten an einem Ort. Und wir sorgen dafür, dass überall in kurzer Entfernung das Angebot besteht, jeden Schulabschluss machen zu können – am besten mit mehr gemeinsamem Lernen.

Die Anbindung von Bildung an den sozialen Nahraum ist für uns ein Qualitätsfaktor. Offene und inklusive Bildungseinrichtungen im Stadtteil müssen sich zu Familienzentren entwickeln, die niedrigschwellig sozial- und familienpolitische Leistungen neu bündeln. Um diese nachhaltig zu bekräftigen, müssen auch verbindliche Kooperationsverträge geschlossen werden. Dadurch wird eine neue und intensive Form der Elternarbeit im gesellschaftlichen Kontext eröffnet, die auch Aspekte der Familienbildung erfasst. Bildungseinrichtungen müssen sich stärker für die örtliche Zivilgesellschaft öffnen, denn auch informelles Lernen beispielsweise in den außerschulischen Bildungseinrichtungen oder im Verein hat für uns einen eigenen Stellenwert. Insgesamt werden sie dadurch den individuellen Bedürfnissen der Gesellschaft vor Ort am besten gerecht. Bei der Vergabe von Ressourcen gilt für uns, dass Bildungseinrichtungen in besonderen Lagen auch eine besondere Ausstattung benötigen. Das schließt für uns ein, dass es an jeder Kita und Schule multiprofessionelle Teams geben soll. Darüber, welche Schritte in nächster Zeit in dieser Hinsicht konkret

Berlin, 6. – 8. Dezember 2019

angegangen werden, schaffen wir ein Dialogangebot, um einen Beitrag für den mittelfristigen Orientierungsrahmen zu liefern.

Wir bleiben überzeugt, dass längeres gemeinsames Lernen gut für alle Beteiligten ist. Längeres gemeinsames Lernen funktioniert am besten in der Grundschule und in den je nach Bundesland unterschiedlich ausgeprägten Formen der Schulen des gemeinsamen Lernens. Wir akzeptieren jedoch, dass es unterschiedliche Auffassungen dazu gibt. Deshalb wollen wir es möglichst vielen Schülerinnen und Schülern ermöglichen, an einer Schule des gemeinsamen Lernens unterrichtet zu werden. Darüber wollen wir die Schullandschaft so gestalten, dass alle schulischen Abschlüsse in erreichbarer Nähe erworben werden können. Die Schulen sollen in Stadt und Land für Kinder wie Jugendliche auf altersgerechten Wegen gut erreichbar sein. Unsere Schulen sollen durchlässig und aufstiegsorientiert sein. Kinder und Jugendliche sollen gemäß ihren Fähigkeiten und Talenten gefördert werden und sollen die Möglichkeit erhalten, alle Abschlüsse erwerben zu können.

Insgesamt verfolgen wir das Ziel, ein offenes, ein durchlässiges und chancenreiches Schulsystem zu schaffen, das den unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten von Kindern und Jugendlichen gerecht wird und ihnen immer wieder Einstiege zu allen Schulabschlüssen ermöglicht. Wir stehen ein für die inklusive Schule und wollen sie so ausstatten, dass sie dieser Aufgabe gerecht werden kann.

7. Unser Weg: ein Beitrag besonders Vermögender zur besseren Ausstattung der Bildungsinfrastruktur – die solidarische Bildungsfinanzierung

Gute Bildung kostet Geld und das ist sehr gut angelegt für uns alle. Wir stehen ein für die gebührenfreie Bildung bis zum Meister oder Master und eine gute Förderung des lebensbegleitenden Lernens. Deshalb brauchen wir eine gesamtstaatliche Anstrengung von Kommunen, Ländern und Bund. Denn wir wollen die Lücke zu den OECD-Spitzenstaaten bei den Bildungsausgaben schrittweise schließen. Wir sorgen dafür, dass die Belastung gerecht verteilt wird.

Im Zuge der neuen Möglichkeiten durch die Änderung des Grundgesetzes wollen wir den Rahmen für mehr Kooperationen von Bund und Ländern bei der Bildungsfinanzierung ausschöpfen und Impulse für gemeinsame Projekte setzen. Dabei brauchen wir insgesamt eine neue Verantwortungskultur zwischen Bund, Ländern, Kommunen und auch den unterschiedlichen Ressorts auf den jeweiligen Ebenen. Es gilt Zuständigkeiten klarer erkennbar zu machen, um im Sinne eines integrativen Bildungsverständnisses schneller auch zu Lösungen zu kommen.

Darüber hinaus erwarten wir von denjenigen, die besonders hohe Einkommen, Erbschaften oder Vermögen haben, dass sie einen zusätzlichen finanziellen Beitrag zur Modernisierung unseres Bildungswesens leisten. Dafür investieren wir vorrangig in den Ganztagschulausbau sowie in eine Personaloffensive für Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher. Zielmarke bleibt für uns, 7% des BIP für Bildung zu verwenden.